

Sozialdemokrat

Zentralorgan d. Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.
Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.
Redaktion und Verlagsamt: Drag II., Refuganto 18. • Leipzig: 26795, 31469. • (Nachredaktion): 26797 • Postfachamt: 57544

11. Jahrgang.

Freitag, 11. September 1931

Nr. 212.

Stagnierende Arbeitslosenziffern.

Nach einer Mitteilung des Ministeriums für soziale Fürsorge beträgt die Zahl der Arbeitslosen in der Tschechoslowakei, das heißt jener, die sich bei einer Arbeitsvermittlungsstelle um Arbeit melden, aber nicht untergebracht werden konnten, nach den vorläufigen Ergebnissen Ende August d. J. 214.520.

Ende Juli betrug diese Ziffer nach den definitiven Ergebnissen 210.908.

Empfindlicher Rückgang der Mark.

Berlin, 10. September. Die letzten Schwankungen des Markkurses im Auslande geben Anlaß zu der Feststellung, daß jede Besserung im Hinblick auf die durchaus normale Entwicklung des Notenumlaufes und auf den anhaltenden Devisenzufluß zur Reichsbank, die aus dem gestern veröffentlichten Ausweis hervorgehen, unberechtigt erscheint. Es bedarf im übrigen seiner Erwähnung, daß die Reichsbank die Markkurschwankungen aufmerksam verfolgt.

In der Prager Börse ist die Marknotierung heute von 796,20 auf 760 Kč pro 100 Mark zurückgegangen.

Die Grenzwirtschaften häufen sich.

Verhaftung eines deutschen Passkontrollors durch die Polen.

Warschau, 10. September. Der auf dem polnischen Grenzbahnhof Gardeja (gegenüber von Gornice) dienende deutsche Passkontrollor Koppenthaler ist heute früh während der Ausübung seines Dienstes ohne Angabe von Gründen und ohne vorherige oder nachherige Benachrichtigung deutscher Dienststellen von einem besonderen polnischen Polizeikommando aus Gornice festgenommen und nach Gornice abgeführt worden. Die Verhaftung stellt eine Verletzung des deutsch-polnischen Abkommens vom 27. März 1926 über den gegenseitigen Eisenbahnverkehr dar, wonach der deutsche Passkontrollor berechtigt ist, den Passkontrolldienst für Deutschland auf dem polnischen Bahnhof Gardeja zu versehen. Eine sofortige gemeinsame Untersuchung des Falles, die von dem zuständigen Landrat in Marienwerder zur Aufklärung des Zwischenfalles und zur Beruhigung der über den Vorfall erregten Bevölkerung vorgeschlagen wurde, ist von polnischer Seite abgelehnt worden.

Ein voller Sieg des Vatikan.

Stadt des Vatikan, 10. September. Auf Grund der letzten Uebereinkunft zwischen der italienischen Regierung und dem Heiligen Stuhl wurden in Rom alle vor einigen Monaten durch die italienische Polizei geschlossenen katholischen Klubs wieder eröffnet.

Englische Wahlen im November?

Paris, 10. September. Dem Londoner Berichterstatter des „Echo de Paris“ zufolge bereiten sich trotz dem Erfolge der gegenwärtigen Regierung alle Parteien eifrig zu den Wahlen vor. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Wahlen bereits am 19. November vor sich gehen werden.

Mit großem Interesse wird Snowdens Finanzplan erwartet. Der Schatzkanzler soll erklärt haben, daß er nicht bis zum Schluß in der Regierung zu verbleiben gedenke, sondern daß er, doch bloß aus gesundheitlichen Rücksichten, zurücktreten werde, sobald sein Finanzplan angenommen wird. Sein Nachfolger im Amt würde wahrscheinlich Neville Chamberlain sein.

Zariserhöhung in Ungarn.

Budapest, 10. September. Handelsminister Szeyf kündigte an, daß mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten bei den Staatsbahnen sowohl die Personen- wie auch die Gütertarife, letztere um 10 Prozent erhöht werden. Die Tarife für die landwirtschaftliche Produktion werden dagegen um 10 bis 27 Prozent ermäßigt werden. Die Ausgaben für die Eisenbahnbudget werden etwa 30 Millionen Pengö betragen.

Rüstungstillstand im Bereich der Möglichkeit?

Grandis Vorschlag von den Nordstaaten und von England aufgegriffen.

Genf, 10. September. Von den bisherigen Rundgebungen der führenden Delegierten in der Völkerbunderversammlung hat der von dem italienischen Außenminister Grandi gestellte Antrag eines Stillstandes in der Durchführung des Rüstungsprogrammes der einzelnen Staaten bis zum Zusammentritt und während der Tagung der Abrüstungskonferenz das größte Interesse hervorgerufen. Von italienischer Seite ist damit sicherlich auf den Bau der Kriegsschiffe abgezielt worden, welche Frage bekanntlich Schwierigkeiten zwischen Italien und Frankreich verursacht und die Verwirklichung des Londoner Marineabkommens unmöglich macht. Sollte Frankreich seine Bereitwilligkeit zur zeitweiligen Unterbrechung der Durchführung seines Rüstungsprogrammes geben können, wären diese Schwierigkeiten vielleicht überwunden.

Der italienische Antrag fand seitens Großbritannien durch die Rundgebung Lord Cecil's eine unerwartete Unterstützung und, wie von gut informierter Seite verlautet, hat der derzeitige Präsident der dritten (Abrüstungs-)Kommission, der dänische Delegierte Runch, im Namen der drei Nordstaaten einen konkret formulierten Antrag gestellt, der sich auf die italienische Anregung stützt. Wie es scheint, wird dieses Thema im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit bei den Diskussionen der nächsten Tage stehen.

Genf, 10. September. Im Mittelpunkt der heutigen Sitzung der Völkerbunderversammlung stand eine Rede des englischen Hauptdelegierten Lord Robert Cecil. Er betonte, daß die internationale politische Lage auf die Grundlage des Vertrauens gestellt und die Zahlungen Deutschlands so geregelt werden müßten, daß sie seine finanzielle Stabilisierung nicht gefährdeten.

Wohl könne man sagen, daß kaum jemals der Krieg unwahrscheinlicher gewesen sei als jetzt. Doch bestehe in vielen Ländern eine Atmosphäre der inneren Unruhe, deren Rückwirkungen sich über die ganze Welt ausbreiten. Festige Nerven und aggressive Rundgebungen seien in vielen Ländern an der Tagesordnung. Zum Teil auf diese Umstände sei

es zurückzuführen, daß eine Atmosphäre des internationalen Mißtrauens entstanden sei.

Er wisse nicht, ob die Revision der durch die Friedensverträge geschaffenen Lage den Frieden fördern würde. Dagegen würde die Weiterbetreibung der Abrüstung mehr als etwas anderes das Vertrauen fördern. Er begrüße die freundlichen Worte, die bisher in der Völkerbunderversammlung der bevorstehenden Abrüstungskonferenz gewidmet worden seien. „Keine Regierung, am wenigsten die meinige“, so betonte er, „würde irgend einen Vorschlag zur Verschiebung der Konferenz dulden!“

Cecil nahm dann ausführlich Bezug auf die Rede Grandis, die eine überaus interessante Anregung über die Einstellung der Rüstungsvermehrungen während der Dauer der Abrüstungskonferenz enthalte. Der Vorschlag Grandis sei ein großartiger Anstoß zur Abrüstungskonferenz und werde hoffentlich im dritten Ausschuh der Völkerbunderversammlung konkrete Gestalt annehmen. Der englische Vertreter werde ihm seine begeisterte Unterstützung leisten. Die Abrüstungskonferenz, so fuhr Cecil fort, muß Erfolg haben, sie muß zu einer wesentlichen Herabsetzung der Rüstungen führen.

Wenn eine wirkliche Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland nicht nur in Worten, sondern durch die Tat erfolgen könnte, so wären 75 Prozent der politischen Unruhe aus der Welt beseitigt.

Das österreichische Finanzproblem.

Genf, 10. September. Der Finanzanschuh des Völkerbundes befahte sich auch den ganzen heutigen Tag hindurch mit dem österreichischen Finanzproblem. Es wurde in den Unteranschuh geordnet, denen die einzelnen Teile der österreichischen Finanzlage, d. h. Budget, Oesterreichische Nationalbank, Kreditanstalt u. ä. zugewiesen wurden. Die Beratungen werden morgen fortgesetzt.

Snowdens Spardittat.

Reduzierung der Arbeitslosenunterstützung um 25,8 Millionen Pfund.

London, 10. September. (Reuter.) Heute abends wurde ein Weißbuch veröffentlicht, in welchem über die einzelnen von der Regierung in ihren Ausgabenposten geplanten Einsparungen Aufklärung gegeben wird. Sämtliche Ministergehälter in der Höhe von 5000 Pfund und darüber werden um 20 Prozent, Gehälter von 2000 Pfund und darüber um 15 Prozent und solche unter 2000 Pfund um 10 Prozent gekürzt. Ähnliche Abfriche werden auch bei den Richtergehältern vorgenommen werden. Die Einnahmen der Regierungsbeamten werden reduziert werden, und zwar werden diese Einsparungen insgesamt 4.534.000 Pfund Sterling betragen. Weitere Einsparungen sind: Im Ministerium für Seereswesen — außer der Herabsetzung der Gehälter und Pensionen, die rund 3.614.000 Pfund ergeben werden — 5 Millionen Pfund, im Ministerium für öffentlichen Unterricht 10.300.000 Pfund, im Ministerium für öffentliches Gesundheitswesen 1.250.000 Pfund; Reduzierung der staatlichen Arbeitslosenunterstützung 25.800.000, Erhöhung der Beiträge zum Arbeitslosenfonds 10 Millionen Pfund, Einsparungen bei der Strafenerhaltung 7.865.000 Pfund Sterling, neben einer bedeutenden Anzahl anderer Posten, bei denen die Einsparungen je eine halbe Million betragen werden.

Die Dauer der Arbeitslosenunterstützung wird auf 26 Wochen beschränkt; nach Ablauf dieser Zeit müssen die Arbeitslosen Beweise ihrer Heimatzuständigkeit erbringen, damit ihnen eine weitere Unterstützung ausgezahlt wird. Der die Arbeitslosigkeit betreffende Budgetteil beruht auf einer durchschnittlichen Arbeitslosenziffer von drei Millionen.

Zu diesem Nachtragsbudget hielt Schatzkanzler Snowden heute vor dem Unterhaus eine

große Rede, die auch von der Opposition ruhig angehört wurde. Auf die Feststellung, daß das Defizit für dieses Jahr 74 Millionen Pfund und für nächstes Jahr 170 Millionen Pfund (28 Milliarden K) betragen werde, folgte tiefes Schweigen und dann Ausrufe der Ueberraschung. Die Abgeordneten lauschten dann mit größter Spannung der vorgetragenen Liste von Erhöhungen der Abgaben und der Steuern auf Einkommen, Bier, Tabak, Benzin und Vergnügungen, die heuer 20, im nächsten Jahr 81 Millionen einbringen sollen. Als der Schatzkanzler dann mitteilt, daß sowohl der diesjährige, wie auch der nächstjährige Riesenselbstbetrag in ein Plus verwandelt werden soll, geht ein hörbares Aufstöhnen durch das Haus.

Gegen Snowden sprach als erster Redner nach ihm der frühere Präsident des Handelsrates Graham, der den bekannten Standpunkt der Arbeiterpartei vertrat, daß durch eine zeitweilige Suspendierung der Ueberweisungen an den Tilgungsfonds der Angriff auf die Arbeitslosenzüge und die Lehrgelöhler sich hätte vermeiden lassen. Sehe doch der Staatshaushaltplan allein 38,5 Millionen Pfund für Zuwendungen an den Tilgungsfonds vor, während die Ersparnisse auf dem Gebiete der Erziehung und dem der Arbeitslosenunterstützung nicht mehr als 22 bis 23 Millionen betragen hätten.

Wir würden es wünschen, erklärte Graham, daß das Budget ausbalanciert sei, wir haben es aber abgelehnt, und dem äußeren Druck zu fügen, als uns bekannt gegeben wurde, daß das Vertrauen zu den britischen Finanzen nicht erneuert werden würde, falls die Arbeitslosenunterstützungen nicht um 10 Prozent herabgesetzt werden.

Wie wenden wir unser Schicksal?

Die Gemeindefabriken sind sicherlich für tausende indifferente Menschen ein Anlaß, über ihr Schicksal, das bedingt ist durch das Schicksal der europäischen Menschen, nachzudenken und sich zu fragen, wo denn der Ausweg sei aus der Zeiten Not, wie Europa aus der Zeitnot herauskommen könne, in die seine Wirtschaft geraten sei, wo denn der Weg ins Freie ist, den Millionen ersehnen, wo denn Arbeit geschaffen werden könne für die, die nach Arbeit lechzen, deren gequengene Untätigkeit sie zur Verzweiflung treibt.

Weit über die Reihen der sozialdemokratisch organisierten Arbeiterschaft ist die Erkenntnis gedrungen, daß das Chaos der kapitalistischen Wirtschaftsweise der Schuldige an der Menschheit ganzem Jammer sei. Ueberfluß und Not wohnen in dieser grotesken Gesellschaft dicht bei einander. Der Hungerige sieht die Ueberfülle von Nahrungsmitteln vor sich und muß weiter hungern; der in Lumpen gehüllte Arbeitslose hört von dem beängstigenden Ueberfluß an Textilrohstoffen und muß weiter in seiner ärmlichen Zerrissenheit umherlaufen; im kommenden Winter werden sich die Kohlen auf den Halde zu ganzen Bergen türmen und Millionen werden in ihren armseligen Wohnungen frieren. Schlägt eine solche Gesellschaft nicht aller Vogel, aller Menschlichkeit, aller Wirtschaftlichkeit ins Gesicht? Gibt es eine andere Rettung als die planmäßige Verteilung der Arbeitskraft auf Rohstoffe und Produktionsmittel? Zeigt jemand einen anderen Ausweg als den Sozialismus?

Millionen Menschen empfinden dies alles mit uns, haben mit uns die Erkenntnis aufgenommen, daß der Kapitalismus verschwunden und einer andern Gesellschaftsordnung Platz machen, daß also eine soziale Revolution sich vollziehen müsse, d. h. daß ein anderes Gesellschaftsprinzip an die Stelle unseres heutigen treten müsse, daß die Art, wie die Menschen heute ihren Lebensunterhalt gewinnen, ein Wahnsinn sei und daß an deren Stelle die ordnende Vernunft planmäßiger Wirtschaft treten müsse. Wie aber kommen wir zu dieser neuen Gesellschaft, welches sind die nächsten Schritte, die wir tun müssen — das ist die bange Frage, die von Millionen Lippen kommt.

Auch darauf geben uns die Ereignisse der letzten Monate Antwort.

Die Aufmerksamkeit der Welt wird seit geraumer Zeit gerade dadurch in Anspruch genommen, daß es im obersten Stockwerk des stolzen Turms des kapitalistischen Babylon bedenklich knistert und kracht, daß das Ardium eisen, in dem die kapitalistische Waren- und Geldwirtschaft am reinsten verkörpert ist, vom Wurm der Verwesung angebohrt ist. Die Entwicklung der letzten Jahrzehnte hat das Industriekapital unter die Herrschaft des Finanzkapitals gestellt, hat die Banken auf den goldenen Thron des Kapitalismus gesetzt. Die Direktoren der Großbanken halten die — etwas unsicher gewordene — Hand am Steuer der im sturmgepeitschten Meere fahrenden Schiffe, auf dem unser aller Schicksal beschlossen ist. Sie regieren die Maschine nicht mehr, es droht uns Untergang, wenn wir nicht selbst, mit der kräftigen, schweißigen Hand des Proletariats das Steuer paken. Entweder die Banken regieren uns oder wir regieren die Banken — so schrieb das Blatt der englischen Arbeiterpartei vor einigen Tagen. Hier liegt der Bebel, der zur Beseitigung der kapitalistischen Anarchie und ihrer katastrophalen Folgen, des Ueberflusses bei gleichzeitigem Mangel, der Arbeitslosigkeit bei gleichzeitiger Arbeitslosigkeit, angezettelt werden muß. Staatliche Beaufsichtigung und Kontrolle der Banken, planmäßige Leitung des Kapitalstromes, Verwendung des Kredits nicht im Sinne privaten Profitstrebens sondern volkswirtschaftlicher Gesichtspunkte im

Besprechungen der Kleinen Entente.

Genf, 10. September. (E.P.B.) Gestern abends fand beim Außenminister Dr. Benes die erste der üblichen Zusammenkünfte der Minister der Kleinen Entente statt, an der der jugoslawische Außenminister Dr. Marinkovic und der rumänische Außenminister Chia teilnahmen. Es wurden die am Programm der Völkerverbundung stehenden Fragen durchberaten. Weiter war die Beratung Angelegenheiten gewidmet, die die speziellen Interessen der Kleinen Entente sowie die Lage jedes ihrer drei Mitglieder betreffen.

Gestern war Dr. Benes vom Chef der italienischen Völkerverbundsdelegation Außenminister Grandi zum Mittagessen geladen und hatte mit ihm eine lange Unterredung über die Angelegenheiten, die im Vordergrund der Verhandlungen im Schoße des Völkerverbundes stehen. Beide Außenminister behandelten dann die beide Staaten interessierenden aktuellen außenpolitischen Fragen.

Interesse der Allgemeinheit — das ist das Gebot der Stunde, das ist der Hafen, der das bedrohte Schiff der europäischen Menschheit aufnehmen kann.

Es gibt noch einen zweiten Teil, an dem angezogen werden könnte, um zu dem Ziel der Ueberwindung der kapitalistischen Anarchie zu gelangen, es gibt noch ein zweites Spinnwebgebäude, in dem ein großer Teil unseres Wirtschaftslebens zusammengesponnen ist, nämlich die Kartelle. Unter den Schuldtugenden an der Krise sind die Kartelle in erster Linie zu nennen. Sie sind schuld an der Ueberhöhung der Preise, wodurch die Kaufkraft der Massen gesunken, die Nachfrage gedrosselt und die Anfertigung der Produktion verhindert wird. Allein in Deutschland schinden die Kartelle nur an Preisüberhöhungen aus der Bevölkerung zwei Milliarden Mark heraus. Das Treiben der Kartelle ist ebenso wie das Treiben der Banken undenkbar mit den Interessen der breiten Massen der Bevölkerung. Ebenso wie eine Kontrolle der Banken ist eine Kontrolle der Kartelle notwendig. Auch hier muß der Staat zu größerem Einfluß gelangen und durch die Beherrschung der Kartelle die planmäßige Produktion, die Organisation der Wirtschaft vorbereiten.

Je mehr wirtschaftliche Aufgaben auf den Staat konzentriert werden, desto mehr wird sich auch die Notwendigkeit einer Stelle erweisen, von wo die wirtschaftlichen Aufgaben des Staates überblickt und planmäßig in den Strom der Wirtschaft eingegriffen werden können. Die gesamte Staatsverwaltung von heute ist zu sehr dem Ideal des liberalen Staates des Bürgertums angepaßt, der nur eine hoheitliche Verwaltung kennt und die Wirtschaft privaten Händen überlassen hat. Die Zukunft gebührt dem Wirtschafts- und Sozialstaat, der in erster Linie dem Wohle der Bevölkerung zu dienen hat.

Die Möglichkeit zu planmäßigem Eingreifen der Gesellschaft in den anarchischen Produktionsprozeß ist also gegeben, ihre Anwendung hängt nur von den Machtverhältnissen der Klasse ab. Je stärker die Sozialdemokratie, desto leichter wird der Weg gebahnt werden aus der Hölle kapitalistischer Anarchie und Massenarbeitslosigkeit in eine Gesellschaft, wo die Menschen arbeiten, nicht um für andere Geld zu verdienen, sondern um sich selbst ein menschenwürdiges Dasein zu bereiten.

Šrámel sozialer als Czech?

Ein verfrachter Wahlslager der „Deutschen Presse“.

In ihrem blindwütigen Eifer, alles, was die deutschen Sozialdemokraten in der Regierungsopposition für die arbeitenden Menschen erreicht haben, herabzusetzen und schlecht zu machen, ist die christlichsoziale „Deutsche Presse“, eingedenk der Vorbereitungen, die der Wahlkampf so oft sich wand, auf den kuriosen Einfall gekommen, die Sozialpolitik des Ministerpräsidenten Šrámel gegen die Leistungen auszuspielen, die Genosse Czech im Interesse der Arbeitslosen vollbracht hat. Man weiß, daß die Tätigkeit des Herrn Šrámel im Ministerium für soziale Fürsorge eigentlich nur darin bestanden hat, alle Fürsorgearbeiten lahmzulegen und, so weit es ging, die sozialpolitischen Ertragsgewinne der Arbeiterschaft abzubauen. Um so komischer ist daher der Versuch der „Deutschen Presse“, nachzuweisen, daß das Regime Šrámel sozialer war als das Regime Czech!

Die „Deutsche Presse“ behauptet nämlich nicht mehr und nicht weniger, als daß die zur Zeit der Ministerchaft Šrámels im Fürsorgeressort durchgeführte außerordentliche Hilfsaktion für ausgebeutete Arbeitslose den Arbeitslosen mehr gebracht hat, als die Aktionen, die die Arbeitslosen der Lastrast und der Fähigkeit des Genossen Dr. Czech verdanken. Es lohnt sich tatsächlich, diese Argumentation näher nachzuprüfen! Im Jahre 1928 wurde eine außerordentliche Hilfsaktion für arbeitslose Textilarbeiter eingeleitet, die nicht im Bezüge der regulären Unterstützung nach dem Genet System stehen. Diese Aktion — die sich nur auf den Trautenauer Bezirk erstreckte — erforderte einen Gesamtaufwand von sage und schreibe 200.780 Kronen! Wenige Tage nach der Uebernahme des Fürsorgeministeriums durch den Genossen Dr. Czech setzte bereits die außerordentliche Hilfsaktion für arbeitslose

Textil- und Glasarbeiter ein, die schließlich auf eine Reihe anderer von der Wirtschaftskrise betroffenen Branchen ausgedehnt wurde und das ganze Staatsgebiet betraf; sie erforderte einen Aufwand von drei Millionen Kronen, also mehr als das Zehnfache dessen, was zu diesem Zwecke unter dem Regime Šrámel (zu dem die führenden Gewerkschaftsfunktionäre in dieser Sache durch sechs Wochen vergebens vorzudringen suchten!) Rüstig gemacht wurde. An die außerordentliche Unterstützungsaktion schloß sich im Sommer des Vorjahres die staatliche Ernährungsaktion an, deren bisheriger Gesamtaufwand 120 Millionen Kronen beträgt,

also fast das 600fache des Aufwandes der Šrámel-Aktion.

Dazu kommen noch solche Kleinigkeiten wie die Verdoppelung resp. die Verdreifachung der Unterstützungsdauer nach dem Genet System, die Einführung der produktiven Arbeitslosen fürsorge mit 67 Millionen Kronen, die Hilfsaktion für unsere arbeitslosen Staatsangehörigen im Auslande mit zwei Millionen Kronen, die Kinder-Rückzahlung mit neun Millionen Kronen, die Aktion zur Sanierung der Arbeitslosenlöhne der Gewerkschaften mit 20 Millionen Kronen usw.

Da würden wir doch der „Deutschen Presse“ raten, im Wahlkampf diesen Vergleich der Leistungen zweier Minister dem Urteil selbst der christlichsozialen Arbeiterschaft vorzulegen. In dessen Gunsten dieses Urteil ausfallen und welches Schicksal damit dem zweifelhaften Wahlslager der „Deutschen Presse“ bereitet wird, darum braucht uns wahrlich nicht bange zu sein!

Die „Freiheit“ der Selbstverwaltung.

Allerhand Erbauliches aus tschechischbürgerlichen Wahlausrufen.

Wir haben schon zu wiederholtenmalen auf den unlösbaren Zwiespalt hingewiesen, der zwischen den schönen Phrasen der tschechischbürgerlichen Wahlausrufe von der „Verteidigung“ und dem „Aufbau“ der Selbstverwaltung und den Taten dieser Parteien besteht. Dieselben Parteien, die in den Gemeindefestungen seit jeher angilich darüber gewacht haben, daß ja nicht ein Kreuzer über das Alternwendigkeit hinaus für soziale oder kulturelle Zwecke ausgegeben werde, dieselben Parteien, die das unselige Gesetz 77-27 mit beschloßen oder es zumindest warm begrüßt haben, die schreiben jetzt — bis zum Abend des 27. September — auf einmal die „Freiheit der Selbstverwaltung“ auf ihre Fahnen und maskieren ihre wahren Absichten mühsam genug hinter den Schlagworten vom „Sparen“ und von der dreimal verdamnten „sozialistischen Wirtschaft“ in den Gemeinden.

Genau dieselben Tendenzen sind auch im tschechischbürgerlichen Lager zu finden. Auch hier ist die Freiheit der Selbstverwaltung in den Wahlausrufen nur das Ausbauseid, während die Parole vom „Sparen“, das heißt von der weiteren Einschränkung der tatsächlichen Reste der Finanzautonomie, den Kernpunkt des Problems ausmacht.

Am wenigsten geben sich die tschechischen Agrarier Mühe, ihre wahren Absichten irgendwie zu verbergen. Durch nichts können sie so ihre Bauern so imponieren, als wenn sie ihnen eine Herabsetzung der Gemeindefinanzlagen in Aussicht stellen, sei es auch um den Preis des völligen Niederbruchs aller Gemein-

wirtschaft. Sie stellen also 1. die Einschränkung der Ausgaben und 2. den Schutz der heimischen Landwirtschaft „und des Hausbestandes“ in den Vordergrund ihrer Agitation und finden für letzteres die weise Begründung, daß der Hausbesitz auch durch „strebhafteste Eingriffe der Gemeindeverwaltungen“ geschädigt worden sei. Nicht nur, daß sie sich weiter voll und ganz hinter das berüchtigte Gemeindefinanzgesetz stellen, besiegeln sie auch noch die Vertreter der Kleinen Leute in den Gemeindefestungen, die die Demokratie nicht richtig aufzufassen, sondern mit roher Gewalt (!) jene Schichten niederringen, auf denen die Finanzlast und die Existenz der Gemeinde ruht. — Das waren früher doch schönere Zeiten, wo der Arbeiter und Kleinbauern in die Verwaltung der Gemeinde rein gar nichts dreinzureden halte und nur die vermögenden Bauern mit dem Gemeindevermögen schalten und walten konnten, wie es ihnen beliebte!

Ein so großes Geschick können die Tschechischklerikalen natürlich nicht aufahren lassen; die müssen auf die proletarischen Schichten schon etwas mehr Rücksicht nehmen. Drum stellen sie zwar ebenfalls das Schlagwort vom „Sparen“ an die Spitze ihrer Wahlausrufe, geben aber zu, daß das Gemeindefinanzgesetz „sehr schädlich die Selbstverwaltung einschränkt“ und drücken sich um eine Stellungnahme zu der Aufhebung oder Novellierung des Gesetzes lieber schon herum. Dafür aber ziehen sie ein anderes Register auf, das eine völlig neue Eignungsprüfung für das Amt eines Gemeindevertreters vorschlägt: „Welchen Händen“, so heißt es in ihrem Aufruf, „sollen wir weiter unsere Gemeinden anvertrauen?“ Und die Antwort: „Händen, welche das Kreuz machen und sich zum Gebet falten können!“

Wir alle haben aus Büchern und Vorträgen schon erfahren, daß wir hier oben menschliche Zielungen finden würden. Und doch kam es uns wie ein Irrbild vor, als wir plötzlich Krone, Koberbrücken, ein paar Holzhäuser, einen Gafankai über den Eisblöcken auftauchen sahen. Das erste Versehen, das wir erlitten, war Ny Kleisund in der über alle Begriffe herrlichen Königabucht. Hier ist das Bergwerk im Augenblick außer Betrieb, nur eine Weiterwaite und ein Postamt ist noch da; und hinter dem halben Tagend einfachen Holzhäuschen und den Resten einer Betriebsbahn ruht eine riesige Halle aus Gitterwerk auf — von hier waren Amundsen „Norve“ und die „Italia“ zu ihrem Ring nach dem Pol aufgedrungen.

6. Kohle im Eis.

Wir alle haben aus Büchern und Vorträgen schon erfahren, daß wir hier oben menschliche Zielungen finden würden. Und doch kam es uns wie ein Irrbild vor, als wir plötzlich Krone, Koberbrücken, ein paar Holzhäuser, einen Gafankai über den Eisblöcken auftauchen sahen. Das erste Versehen, das wir erlitten, war Ny Kleisund in der über alle Begriffe herrlichen Königabucht. Hier ist das Bergwerk im Augenblick außer Betrieb, nur eine Weiterwaite und ein Postamt ist noch da; und hinter dem halben Tagend einfachen Holzhäuschen und den Resten einer Betriebsbahn ruht eine riesige Halle aus Gitterwerk auf — von hier waren Amundsen „Norve“ und die „Italia“ zu ihrem Ring nach dem Pol aufgedrungen.

In der Nacht fuhr unser Schiff in den 100 Kilometer tiefen Eisfjord ein, und am Morgen erreichten wir eine der Seitendüben, die von hohen Bergen flankierte Adventsbel. Unser Schiff ging vor Anker und wir wurden ausgebootet. Schon vom Deck aus hatten wir eine große Krananlage und eine hohe Landungsbrücke erblickt, ein norwegischer Frachtdampfer lag am Berladefai, und an Trachten, die die Luft durchschnitten, sah man von irgendwo beladene For-

So einfach stellen sich die Tschechischklerikalen die Lösung des Problems der Verwaltung der freien Gemeinde, der Grundlage des freien Staates vor! Nur fleißig beten und im übrigen dem Herrn Pfarrer die Entscheidung in sämtlichen Gemeindegangelegenheiten überlassen, dann wird das Paradies der Gemeinden auf Erden andrenken! Das Bild wäre nicht vollständig, wenn der Herrliche Aufruf nicht noch gegen die „ungläubigen“ Gemeindevertreter wettern würde, die mit Hilfe der Gemeindegewalt angeblich Unglauben, Abfall und Widerstand gegen die Kirche verbreiten.

Und jetzt stelle man sich eine Gemeinde vor, die von Agrarier und Tschechischklerikalen Hand in Hand getreu diesen Wahlausrufen verwaltet werden sollte! Mit vollem Recht stellt das „Právo Lidu“ fest, daß diese tschechischbürgerlichen Wahlausrufe in Millionen von Exemplaren verbreitet werden sollten; sie sind ja der beste Beweis, wie sehr diese Parteien die Selbstverwaltung hassen, seitdem sie nicht mehr ihre ausschließliche Domäne ist, und wie falsch und verlogen alle anderslautenden Phrasen über den Schutz der Selbstverwaltung in ihren Aufrufen und Wahlreden sind. Dies gilt auf tschechischer Seite nicht minder wie auf deutscher!

Wertwürdige Bundesgenossen.

Der „Benlov“ hofft auf einen kommunistischen Wahlsieg.

Im Rahmen einer Betrachtung über den Wahlkampf, der sich im tschechischen Lager diesmal auf Prag und einzelne tschechische Städte konzentrierte, stellt der „Benlov“ folgendes fest:

„Die Kommunisten entwickeln in Prag eine größere und planmäßigere Agitation als bei den letzten Wahlen. Die Kommunisten sind hier in der Offensive, während sich beide sozialistischen Parteien nur in der Abwehr befinden. Der kommunistische Aufsturm soll dadurch geschwächt werden, daß „jemand“ den Börsen Sturz herbeizuführen hat, eine Kandidatenliste der kommunistischen Dissidenten zu überreichen.“

Wie wir schon geschrieben haben: Die Wahlergebnisse in Prag werden insoweit politisch sein, als sie zeigen werden, ob größere Verschiebungen zwischen den sozialistischen Parteien und den Kommunisten eingetreten sind.“

Offenbar kann das Zentralorgan der Partei des Ministerpräsidenten schon nicht mehr gut seiner Freude und sicheren Erwartung Ausdruck geben, daß die Wirtschaftskrise diesmal den kommunistischen Parteien recht viel Wähler abzugeben, offener kann es ein bürgerliches Blatt schon nicht mehr aussprechen, daß die Kommunisten zu nichts anderem da sind, als den Einfluß der sozialistischen Parteien in Gemeinde und Staat zu brechen und so einem reinen Bürgerregime Tür und Tor zu öffnen.

Und gerade die richtig linieren Kommunisten, die willenlosen Werkzeuge Moskows sind es, auf die die größte bürgerliche Partei im Wahlkampf gegen die Sozialisten ihre größten Hoffnungen setzt. Das wäre doch jammerlich, wenn die Opposition des ehrlichen alten Sinne Erfolge gegen die Staatswäld und Reimannen erzielen sollte, da muß gleich eine gemeine Verdächtigung, von „jemandem“ gefaßt zu sein, herhalten, um das noch Möglichkeit zu verhindern.

Und hat der „Benlov“ von seinem Standpunkt nicht völlig recht? Ein paar hunderttausend kommunistische Stimmen mehr, was kann das dem Bürgerium schon schaden? Positive Arbeit für die Arbeiterklasse im Kampf gegen die bürgerlichen Klassenfeinde zu leisten, war ja nie Sache der Kommunisten, deren ganzer Kampf — soweit er nicht gegen die Sozialdemokratie gerichtet ist, sich auf ein paar schwulstige

Kapitalismus im hohen Norden.

Karlo Schwelb.

(Fortsetzung.)

5. Arttis.

Aber der Kapitalismus ist hier nicht stehen geblieben, sein Eroberungszug macht an der Nordgrenze des europäischen Festlandes nicht Halt.

Zwei Tage lang fährt man mit dem großen Schiff, das alle norwegischen Dampfer an Schnelligkeit übertrifft, von Tromsø weiter nach Norden, in das Eismeer hinaus. Am Abend des zweiten Tages taucht langsam und leise die überwältigend herrliche Küste Spitzbergens aus dem Meer. Und durch viele Stunden der Nacht, die taghell ist, fahren wir längs dieser Küste nach Norden. Die keine metallisch leuchtende Sonne läßt zwischen schwarzen Berggipfeln in grünen und rotem Licht gewaltige Hochgewölbe Mettscher auflauchen, deren Kilometerbreite Fronten in hundert Meter hohen, glasklaren Abhängen ins Meer fallen. Große weiße schimmernde Eisblöcke, oben in Spitze Nebeln oder scharfe Grate zu laufend, schwimmen auf der von intensivem Farbenspiel bewegten Wasseroberfläche; gewaltige Wasserschichten springen rings um unser Schiff auf; der Reusch auf den schwarzen Bergen glüht rot, blauschwarze Wolkensäulen und sehen mit leuchtenden Rändern wälzen sich über einen hellen Himmel.

Und dann fahren wir in die eisganzerten Buchten ein: Ungeheure Eisströme, schroff und

wild zerklüftet, stürzen ins Meer, eisgekront sind die Berge, die weiten Wasserflächen sind von gewaltigen schwimmenden Eisblöcken bedeckt. Riesige Eisgassen brechen vor unseren Augen von den Gletscherabbrüchen los und stürzen mit lang nachhallendem Donner ins Wasser. Sie und da leuchtet auf fahlen Felsen ein Fleck tiefergrünen Mooses oder schwefelgelber Flechte auf. Dann wieder reihen sich Tafelberge aneinander, deren in regelmäßigen geometrischen Formen zerklüftete Fänge abartig gestreift sind und die den Eindruck gigantischer orientalischer Tempel erwecken. So fahren wir Stunde um Stunde eines nie endenden Tages — eisiges Wasser, eisige Luft, eisiges Land, darin nichts zu leben scheint als das ruhlose Pluten und Blühen der Farben.

Nach bis an die Grenze des ewigen Eises reicht Spitzbergen; nur seine westliche Küste ist einem sporadischen Schiffsverkehr erschlossen, das Zentrum ist eine ungeheure Eiswüste, in der Eisbären, Polarfüchse und eine besondere Rentierherde haufen. Und doch sollen schon zu Ende des 12. Jahrhunderts Norweger bis hierher vorgekommen sein; sie nannten das Land „Dvalbard“, kalte Küste. Seit dem Ende des 16. Jahrhunderts haben mutige Walfischfänger regelmäßige Jüge in das von Holländern neu entdeckte Land unternommen, bis der Reichtum an Walfischen erschöpft war und die Abenteuerlust nur noch wenig Ausbende boten. Im 18. Jahrhundert oder hat der Kapitalismus neue Gewinnmöglichkeiten hier entdeckt: Das gemäßigte Klima, das bis zum Beginn der Tertiarzeit hier herrschte, hat eine reiche Pflanzenwelt entstehen lassen, die heute, in Kohle versteinert, unter dem Eispanzer liegt. An mehreren Stellen der Insel fand man vor kaum einem Menschenalter ergie-

berförde herabgleiten. Ein schmaler Weg führte uns den Felsen entlang und bog dann in ein Seitental ein; hohe Berghänge ragten zu beiden Seiten empor, und ganz nahe vor uns sahen wir das Tal von einem mächtigen Gletscher abgeschlossen. Und in dem kleinen Stüchchen Talsohle, zwischen Fels und Eis liegt ein bizarres kleines Dörfchen: Long - Bear - Byen.

Es ist heute die einzige von den drei größten Zielungen auf Spitzbergen, wo noch gearbeitet wird; Barentsburg, die holländische Zielung, die wir ein paar Stunden später zu sehen bekamen, ist ebenso wie Ny Kleisund außer Betrieb. Hier, in Longbearbyen, kam Ranch aus den Schornsteinen der roten oder weichen Holzhäuschen, die sich am Fuße des Berges hinziehen; in der Mitte steht eine architektonisch gefällige Holzkirche, in der auch das Schulzimmer untergebracht ist. Die Woste einer großen Funktion überrogen das villenartige Haus des Arztes und das laubere Krankenhaus. Im winzigen Postgebäude nebenan herrscht Hochbetrieb, weil — wie immer bei Ankunft eines Touristen Schiffes — Tausende von Anfahrtskarten mit dem Spitzbergen-Poststempel versehen werden müssen. An dem Nachbarhaus, das die Aufschrift „Bauit“ trägt und sich als Gemeindegemeinschaft, hängen Mittelungen über die Gemeindegewalt. Ein Stüchchen weiter finden wir die Kantine der unterheirateten Arbeiter, eine laubere große Holzhalle mit vielen Reihen langer weissegedeckter Tische, auf denen wir Teller mit riesigen Margarinemärfeln und Brotkrümmen sehen (Margarine wird angeblich in Norwegen auch von wohlhabenden Leuten an Stelle von Butter gegessen).

(Schluß folgt.)

Den Jungen die Idee des Sozialismus so glühend zu erhalten, wie sie sich ehemals dem Alten ins Herz senkte — das ist die große Aufgabe der sozialistischen Erziehung.

Darum fördert die Kinderfreundebewegung, unterstützt die Werksaktion im September!

Broschen gegen die Bourgeoisie beschränkt, die niemandem schaden.

Ein paar hunderttausend kommunistische Stimmen mehr bedeuten aber andererseits ebenso viele sozialistische Stimmen weniger, bedeuten die Schwächung, vielleicht die Verdrängung der Sozialdemokratie aus ihren bisherigen Machtpositionen, am Ende sogar die Wiederkehr der Alleinherrschaft des Bürgerblods von anno dazumal! Ist das nicht ein Ziel, das den Herren um den „Venkov“ die Herzen höher schlagen lassen muß?

Die größte bürgerliche Partei erhofft inbrünstig für den 27. September einen Wahlsieg der Kommunisten über die Sozialdemokratie!

Arbeiter! Werft Euch das!

Eine überflüssige Blamage

Hätte sich der „Pravdy Sečernik“, die Abendausgabe der „Kerikalen“ „Izdob Listy“ erspart, wenn er vor Niederschrift seines Artikels über die Ueberstundenarbeit in den ersten Monaten dieses Jahres die entsprechenden Ziffern aus früheren Jahren und insbesondere aus der Zeit zum Vergleich herangezogen hätte, in welcher eine ihm sehr nahestehende Persönlichkeit Minister für soziale Fürsorge war.

Der „Pravdy Sečernik“ zitiert aus dem Bericht der Rationalbank, daß von Jänner bis Juli 1931 insgesamt 1.200.555 Ueberstunden gearbeitet wurden, und erhebt indirekt den Vorwurf, daß mehr Ueberstundenarbeit bewilligt wird, als notwendig wäre. Nun sind wir gewiß der Ansicht, daß besonders in einer Zeit so großer Arbeitslosigkeit wie heute die Ueberstundenarbeit so viel als möglich eingeschränkt werden muß und wir konnten auch mehrere Male bereits feststellen, in welcher erfreulicher Weise seit der Zeit, wo der Vorsitzende der tschechischen Kerikalen Partei nicht mehr im Ministerium für soziale Fürsorge amtiert, die Zahl der Ueberstunden abgenommen hat. Vollständig verschwinden kann aus Gründen, welche jeder anerkennen muß, Ueberstundenarbeit nicht, da in gewissen Branchen vorbereitende Arbeiten als Ueberzeit gelten und es andererseits in vielen Fällen unmöglich ist, zur Bewältigung vorübergehender Mehrarbeit neue Arbeitskräfte einzustellen.

Den Vergleich, welchen der „Pravdy Sečernik“ zu machen — wir wollen annehmen, übersetzen hat, wollen wir also selbst ziehen. Es wurden unter der Ministerchaft Dr. Šramc's in den ersten Monaten des Jahre 1929 8.343.558 Ueberstunden gemacht, also ein Mehrfaches der Zahl, die den „Pravdy Sečernik“ zu einem zweifelspaltigen kritischen Artikel veranlaßt hat. Im einzelnen stehen gegeneinander

im Jänner 1929 623.988,	im Jänner 1931 53.816,
im Feber 1929 773.289,	im Feber 1931 62.282,
im März 1929 1.398.427,	im März 1931 79.085,
im April 1929 942.645,	im April 1931 155.844,
im Mai 1929 1.305.277,	im Mai 1931 214.137,
im Juni 1929 1.457.892,	im Juni 1931 257.494,
im Juli 1929 1.842.040,	im Juli 1931 477.945.

Nachdem bereits dank den Bemühungen des Genossen Dr. Czech die Zahl der Ueberstunden im Jahre 1930 gegenüber dem Jahre 1929 um zwei Drittel, das ist um fast zehn Millionen gesunken war, wird die Endübersicht über das Jahr 1931 ergeben, daß die Ueberstundenarbeit auch in diesem Jahre ganz wesentlich weiter zurückgegangen ist und nur mehr einen Bruchteil der in der Zeit Dr. Šramc's geleisteten Ueberstundenarbeit ausmacht.

Wir können also feststellen, daß unter der Leitung des Genossen Dr. Czech das Ministerium für soziale Fürsorge auch auf diesem Gebiet nach Kräften und mit einem Erfolg, welchen auch der verdingteste Gegner nicht wird ableugnen können, bemüht war, gegen die Arbeitslosigkeit anzukämpfen. Wie es ohne einen Wechsel im Ministerium für soziale Fürsorge gegangen wäre, zeigt mit ziemlicher Deutlichkeit ein Blick auf die Ziffern der Ueberstundenarbeit im Jahre 1929. Seit Jänner 1929 begann die Zahl der Arbeitslosen beträchtlich zu steigen. Es wird nicht schaden, bei dieser Gelegenheit wieder einmal daran zu erinnern, daß die Wirtschaftskrise bereits unter der Regierung des „Bürgerblods“ einsetzte. In dieser selben Zeit stieg aber auch die Zahl der geleisteten Ueberstunden. Es wurden im Jahre 1929 um 1.100.000 Ueberstunden mehr geleistet als im Jahre 1928. Während also jetzt das Ministerium für soziale Fürsorge bei wachsender Arbeitslosigkeit Ueberstundenarbeit abbaut, hat damals das von einem tschechischen Kerikalen geleitete Amt die Ueberzeitarbeit gefördert.

Der „Pravdy Sečernik“ wird höchstens hoffentlich etwas weniger bereitwillig sein. Wir sind gerne bereit, mit ihm jede gewünschte Debatte über die Tätigkeit des Ministeriums für soziale Fürsorge jetzt und in der Zeit des Bürgerblods abzuführen. Die Beherrschenden werden dabei sicherlich nicht zurückbleiben.

In wessen Interesse arbeitet der deutsche sozialdemokratische Minister?

Wütende Angriffe des Blattes der tschechischen Agrarier.

Zeit Wochen wird in den Blättern der größten Koalitionspartei, der tschechischen Agrarier, und zwar sowohl im Hauptblatt „Venkov“, als auch in dem Abendblatt „Večer“ ein heftiger Kampf gegen die deutsche Sozialdemokratie und insbesondere gegen den Minister Dr. Czech geführt. Auch in der gestrigen Ausgabe des „Večer“ wird gegen den Vertreter der deutschen Sozial-

Der Minister für soziale Fürsorge, der deutsche Sozialdemokrat, Dr. Czech, rüstet wieder zum Angriff auf das Hauseigentum!

Wird Minister Dr. Czech auch weiterhin ein Hindernis ruhiger Zusammenarbeit und Einigung in der Koalition bleiben?

Die Gemeindeväahlen stehen vor der Tür und es ist notwendig, daß alle Teile der republikanischen Partei, welche gemäß ihrem Programm dafür Sorge trägt, daß die staatlichen Pflichten und Lasten gerecht aufgeteilt werden, zur Geltung kommen. Es ist unmöglich, daß die einen nur Rechte und die anderen nur Pflichten haben. Die republikanische Partei hat daher die Bestrebungen der Organisation des „Domov“ gefördert in der Ueberzeugung, daß die richtige Einschätzung des Hauseigentums im Interesse sowohl der Bevölkerung, des Bürgertums, als auch des Staates ist.

Die Sozialisten machen kein Hehl daraus, daß sie abwarten, wie die Hauseigentümer und Kleinrentner sich als Teil der republikanischen Partei bei den Gemeindeväahlen bewähren werden. Würden sie versagen, würde dadurch die Position der Sozialisten besonders der Sozialdemokraten maßlos gestärkt werden.

Es ist bekannt, daß ihr Führer, der Minister für soziale Fürsorge, Dr. Czech, abtätlich den Antrag des Gesetzes über eine gerechte Wertung des Hauseigentums verweigerte und daß gerade er es war, der die ganze Misere des bisherigen Provisoriums verschuldete. So wird ein Gesetz unmöglich gemacht, welches schon längst hätte erlassen sein sollen.

Nun gedenkt uns Minister Dr. Czech mit einem Geschenktour zu überraschen, welcher wiederum die Versäuerung eines unmöglichen und ungerechten Zustandes bedeutet.

Es ist gerade Minister Dr. Czech, welcher Schwierigkeiten bei den Verhandlungen zwischen den Parteien schafft und ein vernünftiges Kompromiß unmöglich macht. Das unympathische Vorgehen dieses Ministers ist die Ursache unauflöslicher Bitternisse in der Koalition, zu welchen es nicht käme, wenn die beunruhigende Tätigkeit des Herrn Czech nicht wäre.

Wir haben uns offen für die Beteiligung der Deutschen an der Regierung ausgesprochen, weil wir sie für eine Sache des gesunden Menschenverstandes halten. Auch die bisherige Koalition hat ihre volle Berechtigung, aber es heißt nirgends geschrieben, daß gerade Dr. Czech im Ministeramt sein muß.

Wir wollen uns zunächst bei dem Ton, den da das Organ des Regierungschefs gegenüber einem Minister anschlägt, nicht weiter aufhalten, denn von den Blättern des Herrn Brany erwartet niemand Sachlichkeit und Höflichkeit. Wir wollen auch nur nebenbei bemerken, daß es eine sehr eigenartige Verzerrung der Interessen der Bauern ist, wenn die Agrarpartei, die fortwährend davon erzählt, wie sehr der Bauer unter den gegenwärtigen Preisen leidet, daß er für seine Arbeit nichts bekommt, daß Grund und Boden immer mehr verschuldet, angesichts der Weltagrarkrise — über nichts sich leidenschaftlicher aufregt, als über den Mieterschutz und niemandes Interessen temperamentvoller vertritt als die der mieteneinhebenden Hausbesitzer in den Städten. Die Presse der Agrarier scheint keinen schärferen Wunsch zu haben, als daß mitten in der schwersten Wirtschaftskrise hunderttausende von Arbeitern auf Pfahler gesetzt werden sollten!

Aber der Angriff des agrarischen Blattes ist noch in anderer Hinsicht interessant. Es handelt sich dem Blatte der großen Partei des tschechischen Bürgertums, wie es offen eingesteht, nicht darum, die Deutschen aus der Regierung zu verdrängen,

demokratie in der Regierung unter einem dreizehnten Titel ein wütender Artikel losgelassen, der nicht nur für die Unaufrichtigkeit der tschechisch agrarischen Presse charakteristisch, sondern auch in anderer Beziehung lehrreich ist. Der Artikel, den wir wörtlich zitieren wollen und dessen Leitlinie wir der angelegentlichsten Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen, lautet:

um dort Unruhe und Mißstimmung zu schaffen und von dort aus einen Vernichtungskrieg gegen die Besitzer von großen und kleinen Häusern zu führen.

Seine aggressive Tätigkeit als sozialdemokratischer Führer ist mit seiner Tätigkeit als Minister schwer zu vereinigen. Herr Dr. Czech wendet sich nämlich gegen einen der verlässlichsten bürgerlichen Stände, einen der hervorragendsten Steuerträger, welcher seine Steuern redlich zahlt und durch Erhaltung seines Hauseigentums das Nationalvermögen sichert.

Die Hauseigentümer können keine Steuern befrachten, denn ihr Vermögen kann jeder leicht feststellen.

Die Hauseigentümer können nicht einen Heller verschweigen und dabei haben sie so viel Pflichten, daß man bei ihnen tatsächlich von einer Sammelgebild sprechen kann. Die Hauseigentümer führen die vorgeschriebenen Beiträge ehrlich ab und ihr Steuergroßen ermöglicht in bedeutendem Maße die kostspieligen sozialen Reformen und trotzdem möchten ihnen die Sozialisten, in erster Linie wieder die Sozialdemokraten mit Dr. Czech, den Gazau machen.

Das gestrichelte Gesetz über das Hauseigentum hat zur Folge, daß heute der Hauseigentümer langsam aufhört, Herr seines Vermögens zu sein und daß auf seine Kosten viele Spekulationen gut leben und noch die wirklich sozial Schwachen ausbeuten. Es sind Fälle bekannt, wo dem Hauseigentümer eine, zwei und höchstens drei Kronen täglich für eine anständige Wohnung gezahlt werden, aber derjenige, der ihm diesem unbedeutenden Betrag abführt, empfängt selbst für zwei Monate so viel, als er für das ganze Jahr bezahlt hat! Das alles unterstützt und verteidigt Herr Dr. Czech. Die Hausbesitzer und Kleinrentner haben sich überzeugt, daß die republikanische Partei sich wirklich ihrer Forderung nach gerechter Wertung des Hauseigentums angenommen hat. Wenn die republikanische Partei auch weiterhin diesen Standpunkt vertritt, soll, ist es notwendig, daß alle Hauseigentümer und Kleinrentner agrarisch wählen.

der Schönheitsfehler an der Koalitionsregierung ist ihnen einzig und allein der Vertreter der deutschen Sozialdemokratie im Ministerrat.

Das Wirken des Genossen Dr. Czech in der Regierung, das ist ihnen der Stein des Anstoßes, den sie gerne aus dem Wege räumen würden.

Die heftigsten Angriffe des Blattes der größten bürgerlichen Partei zeigen aufs anschaulichste und deutlichste, in wessen Interesse das Wirken des Ministers Czech gelegen ist.

Diesjenigen, welche im jetzigen Wahlkampf die Tätigkeit des Fürsorgeministers zu verkleinern suchen, mögen den obigen Artikel des „Večer“ genau lesen und wir würden uns freuen, wenn die christlichsozialen, hakenkreuzerischen und kommunistischen Presse diesen Angriff auf Minister Dr. Czech abdrucken würde, damit die Anhänger dieser Parteien sehen, wie sehr das tschechische Bürgertum den Mann haßt, der die deutsche Sozialdemokratie und damit die großen Massen der arbeitenden Klasse des deutschen Volkes in der Regierung vertritt.

Ein Unternehmen, das die Sechsstundenwoche bei gleichzeitiger Erhöhung der Löhne eingeführt hat.

Die „Societe Kellogg“, eine Lebensmittelkonzern-Fabrik in Michigan, hat, wie Paul Faure im „Populaire“ berichtet, im Dezember 1930 in ihrem Unternehmen den Sechstundentag bei gleichzeitiger Erhöhung der Löhne eingeführt. Der Präsident dieser Gesellschaft zählte unter anderem folgende Vorteile der Verkürzung der Arbeitszeit auf: die Möglichkeit für die Arbeiter, sich der Landwirtschaft und der Gartenpflege zu widmen, was für die Arbeiter eine heilsame Beschäftigung und eine Verbesserung ihrer Verpflegung bedeutet; gleichzeitig gewinnt sie damit mehr Zeit, um sich zu bilden; die Gefahr, der Monotonie der Arbeit zu unterliegen, wird auf diese Weise verhindert; die Ermüdung wird kleiner und infolgedessen wächst die Aktivität, die Initiative und die Energie; außerdem wird der Konzentration der Arbeit innerhalb eines Arbeitsabchnittes entscheidende Zeitverlust herabgesetzt und die Stundenleistung des Arbeiters vergrößert.

Faure, der diese Aussprüche des amerikanischen Fabrikchefs zitiert, fügt hinzu, daß es

also nicht nur die Marxisten sind, die sich für die Verminderung der Arbeitsstunden einsetzen und denen die Bourgeoisie immer entgegenhält, daß sie damit die Produktion ruinieren, die Faulheit, den Alkoholismus und das Verbrechen fördern. Das Gegenteil ist richtig und die Sozialisten haben immer darauf hingewiesen, daß die langen und gehäuften Arbeitsstunden und die niedrigen Löhne die Leistung des Arbeiters vermindern, die Arbeitszufälle vermehren, den Alkoholismus vergrößern, dem Verbrechen Vorschub leisten und die menschliche Rasse verschlechtern.

Es entbehrt wirklich nicht des Interesses, daß nun ein großer amerikanischer Unternehmer den Sechstundentag einführt, als ein Mittel, um den traurigen Wirkungen der Wirtschaftskrise entgegenzuwirken. Und dabei noch die Löhne erhöht!

Wenn Paul Faure zum Schluß den Wunsch ausdrückt, daß nunmehr die französischen Unternehmer, ohne Parlamentsdebatten und gesetzliche Maßnahmen abzuwarten, die Arbeitszeit vermindern und die Löhne erhöhen mögen, so schließen wir uns dem mit dem gleichgerichteten Verlangen an, daß auch die Unternehmer hierzulande an dem Beispiel der Kellogg-Gesellschaft lernen mögen!

Volksverrat, Denunziation oder Erpressung?

Die Interpellation Hokky-Jung und der Kronzeuge Andor Nitsch.

Der „Tag“ hat sich zur nochmaligen Behandlung des Falles Strache, das ist jenes deutschen Bezirksrichters in Karpatenrußland, den die magyarischen, deutschnationalen und nationalsozialistischen Abgeordneten in einer Interpellation an den Justizminister wegen seiner Arbeit für den deutschen Kulturverband denunziert hatten, ausgerechnet den Herrn Andor Nitsch verschrieben, der als typischer Magyaronne dazu sehr geeignet ist. Ist es schon bezeichnend genug, daß Herr Nitsch, den schon die ungarische Form seines Vornamens als Magyaronnen kennzeichnet, der bei den letzten Wahlen auf der Liste der Magyaronen gewählt wurde (bei der vorletzte auf der des Bundes der Landwirte, das nächstmal vielleicht auf einer tschechischen, wer kann das wissen), im „Tag“ Leitartikel schreibt, so ist die Ehrenrettung, zu der er aufgeboten wird, vollends verunglückt. Wir wissen den Nazi schon sagen, daß ihre erste Ausrede die bessere war. Sie entschuldigen sich mit ihrem Leichtsinne, die Interpellation unterschrieben zu haben, ehe sie ihren Inhalt kannten. Der Herr Nitsch erzählt zwar auch nochmals die Geschichte von der rein formalen Bedeutung der Unterschrift, die einen Höflichkeitsakt darstelle, aber er unternimmt es dann doch noch, den Inhalt der Denunziation zu rechtfertigen.

Er bezieht, unwidersprochen, so daß man keine Ansicht auch für die des Herrn Krebs halten muß, den Standpunkt, daß die Magyaronen sich zurecht über die Wirksamkeit des deutschen Bezirksrichters beschwert hätten, und er vertritt ferner, daß die Magyaronen zwar in die Richtung der Interpellation gewilligt, aber daran eine Bedingung, einen „Wunsch“ geknüpft haben, nämlich den, der Kulturverband möge nun aus eigenem dem Herrn Dr. Strache seine politische Betätigung verbieten. Da die Nazi dieser Forderung des Andor Nitsch Raum geben, ohne ihr entgegenzutreten, identifizieren sie sich mit ihr. Sie verlangen also vom Kulturverband, daß er Herrn Strache die politische Betätigung verbiete. Was hier geschieht, heißt einer Erpressung, vielleicht nicht im streng juristischen, wohl aber im moralischen Sinne sehr ähnlich. Die zurückgegangene und angeblich „wirlungslos“ gemachte Interpellation soll nämlich durch die Aufforderung an den Kulturverband doch noch wirksam gemacht werden. Statt dem Kulturverband Rechenschaft zu legen, fordern die Nazi von ihm noch, daß er Bestimmungsterror gegen den Bezirksrichter Strache anwende. Mit anderen Worten: man verzichtet auf die Interpellation und die Disziplinierung des Richters von oben, aber man bedeutet dem Kulturverband, daß er nun selbst nach dem Rechten, das hier das Schlechte ist, sehen und seinen Mann zurückrufen möge. Herr Nitsch schreibt im Blatte des Herrn Krebs:

Doch sofort nach Veröffentlichung der Interpellation, als wir den Abg. Hokky wegen deren Inhalt angegangen haben, erklärte er, dieselbe sofort zurückzuziehen, er wünschte nur, die Leitung des Deutschen Kulturverbandes möge es den Verbandsfunktionären anheimstellen, daß sie unter dem Deckmantel des Kulturverbandes keine Parteipolitik betreiben.

Der Kulturverband ist ein gemeinnütziges und hebrtes Gut des Gesamtdeutschtums und keine deutsche politische Partei hat das Recht, dieses bedeutende Gemeingut des Gesamtdeutschtums zu mißbrauchen. Die Funktionäre des Kulturverbandes müssen eben zwischen politischen Vorbereiten und Kulturarbeit wählen.

Vor den Wahlen zur Nationalversammlung im Jahre 1929 herrschten bei uns in der Zips ähnliche Zustände, bis endlich die Leitung des Kulturverbandes ein sah, daß dies so nicht weitergeht und dem Politisieren der Kulturverbandsfunktionäre in der Zips den Riegel vorschieb. Die Deutschen in Karpatenrußland gehören ja auch verschiedenen politischen Parteien an und es ist nur selbstverständlich, daß sich diese Parteien dagegen wehren, wenn der Spitzenkandidat an der Wahlliste des Bundes der Landwirte in Karpatenrußland bei seinen Besuchen am Sonde einmal in der einen, ein andermal wieder in der anderen Funktion, bald als Wahlwerber, bald wieder als Kulturverbandsfunktionär auftritt.

Die Nazi begaben sich mit dem Abdruck des Artikels ihres magyarischen Freundes selbst der Möglichkeit, ihre erste Ausrede noch geltend zu machen. Denn sie billigen doch ein Vorgehen, das einer Rötigung, einer moralischen Erpressung gleichkommt und zu dem die Interpellation die Handhabe geboten hat. Nicht nur haben sie, wie wir schon früher feststellten, den deutschen Richter auf jeden Fall eingeschüchert und geschädigt, sie haben auch auf den Kulturverband einen Druck ausgeübt.

Vielleicht erinnern sich die Nazi der Affäre im Bund der Deutschen, den die Nationalpartei seinerzeit gegen die Nationalsozialisten auspielen wollte, indem sie durch ihre Bundesfunktionäre dem Teplerer Sittenwächter Wajlik seine politische Betätigung verbieten ließ. Damals haben die Nazi über Mißbrauch einer „unpolitischen“ Organisation und Terror gesprochen. Nun beschreiben sie selbst den Bestimmungsterror, den Mißbrauch einer nationalen Organisation zur Ausübung solchen Terrors und obendrein im Dienste des magyarischen Nationalismus. Fürwahr eine sehr nationale Politik!

Die Jubiläumstagung unserer Naturfreunde in Auffig.

Im großen Saale des Auffiger Volkshauses traten am letzten Samstag und Sonntag die Sendboten der Naturfreunde aus den deutschen Gebieten der Republik zusammen, um Rechenschaft über ihre Tätigkeit zu legen und neue Wege für die Zukunft zu weisen. Alle Gauen des Reichsvereines waren vertreten, überdies 20 Vertreter befreundeter Verbände, unter ihnen Genosse Steinberger aus Nürnberg für die Reichsleitung der deutschen Naturfreunde und Genosse Paul Richter aus Wien, der Präsident der Naturfreunde-Internationale.

Aus Anlaß des 10jährigen Bestandes des Reichsvereines trug die dritte ordentliche Hauptversammlung den Charakter einer Festversammlung. Die Tagung wurde durch einen Vortrag des Doppelquartetts der Auffiger Sängergemeinde eröffnet. Alle Ausführungen der Referenten, wie auch der Debattenredner, waren von hoffnungsvollem Geiste für die Zukunft erfüllt. Wenn auch in organisatorischen Fragen die Ausführungen einzelner Delegierter gelegentlich energischen Widerspruch der Versammlung auslösten, so war man doch auf beiden Seiten von dem guten Willen des anderen, der Naturfreunde Sache zu nützen, fest überzeugt, was in der einmütigen Annahme fast sämtlicher Anträge zum Ausdruck kam. Die wenigen Stunden des ersten Verhandlungstages waren mit den Begrüßungsansprachen der Gäste und den Referaten ausgefüllt, während am zweiten Verhandlungstage in vierstündiger Debatte wichtige Probleme der Organisation erschöpfend behandelt wurden.

Den Abschluß des ersten Tages bildete eine massenhaft besuchte Begrüßungsfeier im großen Volkshaussaal, deren Höhepunkt eine Ansprache des Präsidenten der Naturfreunde-Internationale, Genossen Paul Richter, bildete. Seine Ausführungen, die von Idealismus und Kampfesgeist getragen waren und viele Begeisterung und liebevolle Hingabe für die schönen Ziele der Naturfreunde bewegten, machten auf die Anwesenden tiefen Eindruck. Aus dem sonstigen Programm der Feier sei der von Professor Franz geleitete gemischte Chor der Auffiger Sängergemeinde besonders hervorgehoben.

Nachstehend ein kurzer Bericht über die Tagung.

Genosse Dietl als erster Vorsitzender des Reichsausschusses eröffnet am Samstag die Tagung und gibt der Freude Ausdruck, eine so stattliche Schaar von Delegierten und Gästen begrüßen zu können. Er verweist auf die große Bedeutung der Tagung, die als Jubiläumstagung auch einen Rückblick auf die zehn Jahre des Bestandes des Reichsausschusses zu halten hat, und gedenkt der Toten der Bewegung, namentlich des verstorbenen Präsidenten Balkert.

Genosse Paul Richter überbringt die Grüße der Naturfreunde-Internationale und betont die jahrzehntelange Verbundenheit der Arbeiter Österreichs und der Tschechoslowakei. Wir haben die Aufgabe, die Arbeiterklasse in ihrer Freizeit herauszuführen in die freie Natur und ihr zu zeigen, wie schön die Welt ist. Allerdings nur dann, wenn die Arbeiterbewegung stark genug ist, sich sozialpolitisch durchzusetzen, wird der einzelne Arbeiter in der Lage sein, die Schönheiten dieser Erde voll zu genießen. So müssen wir alle Kräfte einleiten, um in Gemeinschaft mit den Arbeitern der ganzen Welt für eine bessere Zukunft aller Schaffenden zu kämpfen.

Steinberger-Nürnberg schildert die Kämpfe, die die reichsdeutsche Naturfreunde Bewegung durchzumachen hatte, und stellt fest, daß die Bewegung dank der entschiedenen Ablehnung jeglicher Versplitterungsversuche wieder im Aufstieg begriffen ist. Auch aus den Begrüßungsansprachen der übrigen Gäste sprach mit aller Deutlichkeit die solidarische Verbundenheit aller Teile der Arbeiterbewegung mit den kulturellen Bestrebungen der Naturfreunde.

Genosse Dietl erstattet dann den

Bericht über die Tätigkeitsperiode

und geht hierbei auf die Geschichte der Organisation seit ihrem Bestande ausführlich ein. Zehn Jahre sind es her, als in einer Zusammenkunft in Prag ein Häuflein Unentwegter den Grundstein für den neuen Verband in diesem Saale legte. Redner schildert die Schwierigkeiten, die sich der Entfaltung der Wanderbewegung einerseits infolge der Kräfte, andererseits aber infolge des mangelnden Entgegenkommens der Behörden, namentlich des Eisenbahnministeriums, entgegenstellten und hebt die ungleiche Behandlung der deutschen und tschechischen Touristenvereine hervor. Es wird unsere Aufgabe sein, dafür zu kämpfen, daß diese Ungerechtigkeiten verschwinden.

Der Reichsausschuß hat eine Reihe schöner Ausstellungen veranstaltet bzw. sich an solchen beteiligt; eine Pressepropagandastelle wurde geschaffen, Ek- und andere Kurse veranstaltet. Im vergangenen Winter fand auf dem Waidenturm unser erstes Zusammenreffen mit den tschechischen Arbeitervereinen statt. Eine Agitationsreise in die Slowakei hatte den gewünschten Erfolg. Der Reichsverein besitzt heute 15 Hütten als Eigentum und 7 Pachtstätten. Die Errichtung weiterer Hütten ist geplant. Redner protestiert dagegen, daß von den jährlichen Staatssubventionen im Betrage von 2 Millionen die Naturfreunde 6000 Kronen, der deutsche Hauptverband 110.000 Kronen erhalten, während alles übrige den tschechischen Touristenorganisationen zufließt. In organisatorischer Hinsicht rät Genosse Dietl an, die „Nordböhmischen Mitteilungen“ aufzulassen und die Verbandszeitung „Berg frei“ als einziges Vereinsorgan zu betrachten.

Begrüßungsreden sind u. a. vom Handelsministerium und vom Eisenbahnministerium, von den tschechischen Arbeitervereinen, vom Gau Sachsen der Naturfreunde usw. eingelaufen.

Am Sonntag vormittags setzte die

Debatte über die Berichte

ein. Die große Zahl der Redner und die Sachlichkeit, mit der die Debatte geführt wurde, läßt den Schluß zu, daß in dieser Organisation ein großer Stock bewährter Vertrauensmänner vorhanden ist.

Das größte Interesse wendete sich dem Vortrag des Genossen Paul Richter-Wien über „Neue Ziele der Naturfreunde Bewegung“ zu. Redner schildert die ersten Anfänge der Bewegung in Wien vor 36 Jahren, wo der Arbeiter auf Spaziergänge in die nächste Umgebung beschränkt war; zu mehr fehlte ihm Zeit und Geld. Es war die Aufgabe der organisierten Arbeiterschaft, zunächst eine Verkürzung der Arbeitszeit zu erkämpfen und den Arbeiter aus den Alkoholfesthalten herauszuholen. So entstanden die ersten Arbeitervereine. Der große Aufschwung unserer Bewegung wurzelt hauptsächlich in dem noch dem Umsturz durchgesetzten Achtstundentag. Heute besitzt die Naturfreunde-Internationale 420 Schutzstätten, gewiß ein Zeichen der Kraft und Stärke dieser Bewegung. Eine bedeutende Wandlung hat die Bewegung in den letzten Jahren durch die Pflege des Wintersports und des Rodelboot-Sports erfahren. Wir müssen lernen, Bestz zu ergreifen von allen kulturellen Einrichtungen der Menschheit und daraus eine neue Kultur zu schaffen, die fern von der bürgerlichen Vergnügungsindustrie nur das eine Ziel kennt, den Arbeiter gesund zu erhalten und geistig Höhe zu machen, für eine neue, für die sozialistische Welt zu kämpfen. Der bürgerliche Sport ist am Ende, er kann nichts Neues mehr schaffen; unsere Aufgabe ist es, eine neue Kultur zum Wohle der arbeitenden Menschheit Gemeingut aller werden zu lassen. (Starker Beifall)

Tagesneuigkeiten

Das Meer.

Von Koll.

Auf reichgebedeter Tafel prahlst
Ihr, die ihr uns bestehst und hocht.
Den Hohn im seltenen Angesicht.
Indes sich haltst zum Weltgericht
Für euch, ihr solltet Drohnen,
Das Elend der Millionen!
Wir haben den Palast gebaut,
Aus dem ihr grinsend niederschaut,
Versteinte unter Steinen,
Auf unsrer Kinder Weinen,
Wenn auf der Lumpenlogerstatt
Wir sterben — laßt ihr überfallt!
Brillanten tragen eure Frau'n! —
Aus unserer Weiber Augen schau'n
Die Hoffnungslosigkeit und Not,
Die Qual und Sehnsucht nach dem Tod!
Indessen uns der Grimm die Faust
Verkrampft millionenfach im Land!
Mähnt nicht zu lang euch überflüg,
Ihr Genet, wißt, es ist genug!
Schon rührt die Trommel und die Rot,
Dem Arbeitlosenher der Tod,
Schon tanzt voran zum Weltgericht,
Zum Tag, der euren Hohn zerbricht!

Vom republikanischen Charakter.

Wien. (Eig. Ber.) Heute erfolgt die Beisetzung des verstorbenen Erzherzogs Salvator in der Kapuzinergruft der Habsburger. Von der Aufbahrungsstelle, dem früheren Militärfeld am Schwarzenbergplatz, wurde die Leiche in den Stofansdom überführt, wo Kardinal Dr. Piffel ein Requiem hielt. Diesem wohnten neben den Familienangehörigen des Verstorbenen, seiner Witwe Blanca, seinen drei Söhnen, zwei Töchtern und der Schwiegermutter Prinzessin Kleana von Rumänien, Altkanzler Doktor Seipel, der französische und der italienische Gesandte, die hohen Generale der alten Armee, die Vertreter des österreichischen Bundesheeres sowie zahlreiche Mitglieder der ehemaligen Hofgesellschaft bei. Viele Menschen bildeten Spalier auf der letzten Fahrt Leopold Salvators zur Stofanskirche und in die Kapuzinergruft, doch war der Rahmen der Feierlichkeit entsprechend dem republikanischen Charakter verhältnismäßig einfach. (Prager Tagblatt.)

Richt lachen bitte; erstens handelt es sich um ein Verdächtig und zweitens um den, wie gesagt, republikanischen Charakter von einer I. u. I. Republik. Na, und an der streng republikanisch einfachen Bestattung des Herrn Altkanzler Seipel hat doch wohl niemand gekwehelt, der diesen Schutzpatron der Heimwehr an seinen Taten erkannte. Und das Bundesheer? Das ist doch für das spanische Ceremoniell wie geschaffen — so wie die Monarchie es war für die Kapuzinergruft. Die alten Generale sind doch auch die Pension wert, die ihnen die Republik zahlt, weshalb sie auch bei keinem Ereignis fehlen dürfen, bei dem der einfache republikanische Charakter in seiner ganzen Pracht sich entfaltet. Alles in allem hat sich wieder einmal im Angesicht der Majestät des Todes das Geipens der Vergangenheit bewegen gefügt, aus der Kapuzinergruft aus Tageslicht der Republik zu treten und nur der Um-

Der Vorsitzende dankt dem Referenten, worauf der Rasse- und sonstige organisatorische Berichte sowie der Bericht über die Verbandspreise zur Kenntnis gebracht werden. Ein Antrag der Kontrolle auf Dank und Entlastung der Funktionäre findet einstimmige Annahme.

Nachdem noch eine Reihe organisatorischer Beschlüsse gefaßt und Anträge dem Reichsausschuß zugewiesen wurden, wird die Neuwahl des Reichsausschusses vorgenommen, dem nunmehr nachstehende Genossen angehören: Obmann Theodor Dietl, Auffig, Stellv. Eduard Müller, Schredenstein, Schriftführer A. Fleischer, Auffig, Stellv. Josef Weiss, Wofau, Kassier Karl Heller, Schredenstein, Stellv. Nikolaus Konheiser, Turn; Beisitzer Hermann Morbach, Turn, Franz Vohl, Bodenbach, Wilhelm Salis, Auffig; Kontrolle Emil Massopust, Turn, Willi Benda, Auffig, Franz Hegenbarth, Gartin, Josef Dufschka, Turn, Josef Wollan, Auffig, Franz Kraml, Auffig und Franz Laube, Auffig.

Darauf wird über Antrag des Sen. Storch dem Vorsitzenden Theodor Dietl sowie den beiden Veteranen der Naturfreunde Bewegung, den Genossen Morbach und Konheiser für ihr verdienstvolles Wirken der Dank ausgesprochen und die Verdienste des Sen. Storch als redaktioneller Leiter der Verbandszeitung anerkannt. Um 5 Uhr nachmittags wird dann die arbeitsreiche Tagung mit einer anfeuernden Ansprache geschlossen.

Unsere Naturfreunde können mit Stolz auf diese Tagung zurückblicken; sie gibt die Gewähr, daß ihre Bewegung die Hoffnung rechtfertigt, daß Großes und Schönes, aber auch für die Arbeiterklasse Nützliches in ihr enthalten ist, was bisher von vielen Arbeitern nur allzuwenig erkannt wurde. Neue Wege, neue Kraft werden auch hier die Arbeiter ihrer großen kulturellen Aufgabe näherbringen, denn sie sind nach Lafalles Worten der Fels, auf dem die Kirche der Zukunft erbaut werden wird.

Mit Mann und Maus untergegangen

Kopenhagen, 9. September. Der deutsche Dampfer „John Røder“, der regelmäßige Fahrten mit Kohle zwischen Methil (Schottland) und Hirtsholm in Bestjylland unternimmt, lief heute mit mehrtägiger Verpölung in den Hafen von Hirtsholm ein. Der Kapitän teilte mit, daß die Wofahrt von Methil am Mittwoch erfolgt sei. Nach zwei Tagen mußte das Schiff wegen eines schweren Orkans umkehren, da am letzten Tage nur eine Seeemeile in der Stunde zurückgelegt werden konnte. Ein englischer und ein norwegischer Dampfer, die Methil gleichzeitig mit der „John Røder“ verlassen hatten, konnten nach Aussage des Kapitäns keinen Hafen erreichen. Der englische Dampfer, der sich auf der Fahrt nach Aberdeen befand, sei mit Mann und Maus verschwunden. Der norwegische Dampfer strandete an der schottischen Küste, wobei der Kapitän und der erste Stenemann den Tod fanden.

Ein Dokument.

Aus Pödersham wird uns gemeldet: Eine vom hiesigen Eichamt erlassene Kundmachung an die deutschen Geschäftleute der Stadt verdient ihrer Originalität wegen festgehalten zu werden. Sie lautet wörtlich:

„Nach der § 1 mit Min. anseer, vom 28. März 1881, N. 30 ist angedröhtet alles Wöge eichen zu lassen für der ferlose jede 2 Jahre. Aus dieser Grund machen wir Sie aufmerksam, daß Sie ihre Wöge welche war im Jahre 1929 gezeichnet am ehesten lassen überreichen müssen oder andernfalls müssen wir gegen Öhnen austreten, für Übertretung der oben eingeföhrten andgericht.“

Vorscher der Beante (Unterschrift).
Der Anmeldeanhang des Schriftstückes lautet:

„An das Eichamt
in
5 KÖ
Stempel Mark.
Der unterzeichnete bejudt gült überreichen der Bröhlenwöge auf kg in
Unterschrift:“

Wenn in einer Stadt mit deutscher Mehrheit solche Schriftstücke auf die Öffentlichkeit losgelassen werden, dann muß man sich doch fragen, warum nicht auch das tschechische Amtspersonal im deutschen Gebiete auf seine deutschen Sprachkenntnisse ebenso überprüft wird wie der deutsche Staatsangestellte auf seine Tschechischkenntnisse hin überprüft wird. Ein deutscher Beamter, der ein tschechisches Schriftstück so mangelhaft ausfertigen würde wie der Vorscher des Eichamtes in Pödersham seine „deutschen“ Verlautbarungen, wäre am längstens auf seinem Posten gewesen!

Abgeordneter Kaprstel gestorben. Mittwoch verstarb in Schlan der Abgeordnete der tschechischen Gewerdepartei Josef Kaprstel im Alter von 50 Jahren. Der Verstorbene war Tischlermeister und Redakteur des Blattes „Smer“. Er war zwei Sessionen hindurch als Vertreter der Gewerdepartei Mitglied des Abgeordnetenhauses, wo er namentlich im Gewerbausschuß die Interessen seiner Wöhlerschaft vertrat.

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen. Samstag. Prag: 11.30: Schallplatten, 17.10: Jugendstunde, 18.25: Deutsche Sendung: Dr. Reiff: Die Sonatenform, 19.05: Unterhaltungsmusik, 19.40: Der Nachhlag, Steich von Tomel. — Wien: 14.30: Orchesterkonzert, 18.25: Deutsche Sendung: Presse, 21.00: Militärkonzert. — Freiburg: 12.30: Orchesterkonzert, 17.50: Marionettentheater. — Berlin: 20.00: Eigenemusik. — Breslau: 18.50 Instrumentalkonzert, 20.00 Strauß-Abend. — Hamburg: 19.30: Gitarrenkonzert. — München: 19.00: Violinkonzert. — Wien: 17.00: Viedertunde, 22.15: Jazzmusik. — Koflan: 19.00: Konzert.

Ein Wettbewerb für Rundfunkhörer. Am 20. September wird im Rahmen des ersten Tag des Rundfunks der C. S. R. ein Wettbewerb stattfinden, der darin bestehen wird, daß die Rundfunkhörer Originalmusik von der Schallplattenwiedergabe zu unterscheiden haben. Das Radiojournal wird Schallplatten mit Musikdarbietungen von Künstlern senden, die dann persönlich vor dem Mikrophon auftreten werden. Die Rundfunkhörer werden in der Reihenfolge der Sendung zu jeder Nummer aufschreiben, ob es eine Original- oder Schallplattenarbeit war. Der erste Preis besteht in einem Gramophon im Werte von 1250 Kronen. Beiträge sind in einem geschlossenen, mit einer Verschlusmarke des Rundfunktages versehenen Umschlag längstens bis 30. September an die Adresse des Ausschusses des 1. Tag des Rundfunks der C. S. R., Prag II., Spalovická 32 (Telephon 443-20) einzufenden. In Ermangelung von Verschlusmarken ist eine 1 Kronen-Briefmarke beizulegen. (PR)

Ein Einbrecher konstruiert ein diebstahres Schloß! Wie der „New York Herald“ aus San Francisco berichtet, gelang es einem Ströfling, der zur Zeit wegen Raubes eine fünfjährige Kerkerstrafe abbüßt, ein vollkommener diebstahres Schloß zu konstruieren. Eine amerikanische Firma hat dem Räuber dessen patentierte Erfindung um den Betrag von 100.000 Dollar (d. i. etwa 3.400.000 K) abgekauft.

Edison dem Ende nahe? „New York Herald“ berichtet aus New York, daß Thomas Alva Edison neuerlich ernstlich erkrankt sei. Der behandelnde Arzt erklärte, daß eine unmittelbare Gefahr nicht bestehe, daß der Kranke jedoch allmählich schwächer werde und sein Leben dem Erlöschen nahe sei. Edison steht im 84. Lebensjahre.

Die feindlichen Brüder. Das Verfallsfotal der Nationalsozialisten in der Greifenaustraße in Berlin wurde Mittwoch gegen 23 Uhr von Kommunisten überfallen. Die Nationalsozialisten wurden unerwartet von der StraÙe aus durch die offenkundige Tür beschossen. Vier Nationalsozialisten wurden dabei schwer verletzt. Einer ist inzwischen seinen Verletzungen erlegen. Sechs Kommunisten wurden zwangsgestellt und noch in der Nacht verhört.

Tragischer Tod. In Leipsig-Schonau explodierte in der Wohnung des Ing. Heinz Heiß am Dienstag ein Spirituslocher, wobei die Kleider des Ingenieurs Feuer fingen. Der bedauernswerte Mann erlitt dadurch so schwere Brandwunden, daß er gestern im Leipziger Krankenhaus verschied. Ing. Heiß stand im 41. Lebensjahre.

Straßenbahnkatastrophe: 75 Verletzte. In Windorf (Ostari, USA) stürzte ein überfüllter Straßenbahnwagen um und geriet in Brand. Die 75 Insassen des Wagens, die sämtlich zu einer Sportveranstaltung in der Nähe der Stadt fahren wollten, wurden zum Teil schwer verletzt.

Großfeuer in Karlsbad. Mittwoch gegen halb 10 Uhr abends brach aus bisher unbekanntem Gründen in dem Lagerhaus der internationalen Speiditionsfirma Caro u. Jellinek am Oberen Bahnhof in Karlsbad ein Schodenfeuer aus, das binnen kurzem das Lagerhaus und die darin befindlichen Baren und Vorräte vernichtete. Der Schaden dürfte 300.000 K stark überschreiten, ist aber durch Versicherung gedeckt. Dem Eingreifen von sechs Motorsprigen und der gesamten Feuerwehr von Karlsbad und Umgebung gelang es innerhalb zwei Stunden, den Brand vollständig zu lokalisieren. Ein Feuerwehrmann wurde bei den Löscharbeiten leicht verletzt.

Explosion in der Feuerwerksfabrik. In einer Fabrik für Feuerwerkskörper in Cholester (England) ereignete sich während der Nacht eine schwere Explosion; in panikartiger Angst eilte die Bevölkerung der von gewaltigen Detonationen durchhallten Stadt auf die StraÙe. Ein Arbeiter wurde getötet, einer lebensgefährlich verletzt. Der angerichtete Materialschaden ist betröchtlich.

250.000 Mark unterschlagen? Im Hagen (Westfalen) wurde gegen den früheren Straßenbahndirektor Florke ein Strafverfahren eingeleitet. Florke wird beschuldigt, dem Dispositionsfonds der Straßenbahngesellschaft 250.000 Mark ohne Befehl entnommen zu haben.

Versteigerung eines Theaters. Das mit 270.000 Mark hypothekentlastete Breslauer Bobetheater soll demnächst versteigert werden. Infolge dauernden Rückganges der Einnahmen konnten von dem Eigentümer, Theaterdirektor Dr. Loewe, die Zinsen nicht mehr bezahlt werden. Die Breslauer Operettenbühne und das Breslauer Schauspielhaus sind kürzlich unter Zwangsverwaltung gestellt worden.

Aufgegeben. Aus Tokio wird gemeldet: Böglich der beiden Kaiser Allen und Waple die zu einer Ueberquerung des Stillen Ozeans von Japan aus gestartet waren und bereits als verschollen gemeldet wurden, hat man hier jede Hoffnung aufgegeben. Man fürchtet, daß sie ins Meer gestürzt und extrunken sind.

